

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 2013

Nr. 163

ausgegeben am 29. März 2013

Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV)

vom 28. März 2013

Aufgrund von Art. 9 Abs. 2, Art. 19 und 52 des Gesetzes vom 19. September 2012 über die Regierungs- und Verwaltungsorganisation (RVOG), LGBL 2012 Nr. 348, verordnet die Regierung:

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Gegenstand

Diese Verordnung regelt:

- a) die Zuordnung der Geschäftsbereiche Wirtschaft, Justiz, Bildung, Umwelt, Sport und Kultur zu den einzelnen Ministerien;¹
- b) die Verteilung der Geschäfte auf die einzelnen Ministerien;
- c) die der Kollegialregierung zugeordneten Stabsstellen;
- d) die Zuordnung der Amtsstellen, der besonderen Kommissionen, der besonderen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie sonstigen öffentlichen Unternehmen zu den einzelnen Ministerien;
- e) die Planungs- und Kontrollinstrumente zur Führung der Regierungstätigkeit.

Art. 2

Bezeichnungen

Unter den in dieser Verordnung verwendeten Personen- und Funktionsbezeichnungen sind Angehörige des weiblichen und männlichen Geschlechts zu verstehen.

II. Bezeichnung der Ministerien und Geschäftsverteilung

Art. 3

Ministerien

Bei der Kollegialregierung bestehen folgende Ministerien:

- a) Ministerium für Präsidiales und Finanzen;
- b) Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur;²
- c) Ministerium für Gesellschaft;
- d) Ministerium für Inneres, Bildung und Umwelt;³
- e) Ministerium für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport.⁴

Art. 4

Geschäftsverteilung

Die Verteilung der Geschäfte auf die einzelnen Ministerien erfolgt nach Massgabe von Anhang 1.

III. Zuordnung der Amtsstellen, der besonderen Kommissionen, der Verbandspersonen des öffentlichen Rechts und sonstigen öffentlichen Unternehmen

Art. 5

Stabsstellen der Kollegialregierung

Der Kollegialregierung sind folgende Stabsstellen zugeordnet:

- a) der Regierungssekretär;
- b) die Regierungskanzlei.

Art. 6

Zuordnung der Amtsstellen, der besonderen Kommissionen, der Verbandspersonen des öffentlichen Rechts und sonstigen öffentlichen Unternehmen

Den einzelnen Ministerien werden unter Berücksichtigung des sachlichen Zusammenhangs der Geschäfte nach Massgabe von Anhang 2 zugeordnet:

- a) die Amtsstellen;
- b) die besonderen Kommissionen;
- c) die besonderen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie sonstigen öffentlichen Unternehmen.

IV. Führung der Regierungstätigkeit

Art. 7

Planungsinstrumente und Controlling

1) Die Kollegialregierung führt die Regierungstätigkeit insbesondere mit folgenden Planungsinstrumenten:

- a) langfristige, strategische Ziele (Art. 7 RVOG);
- b) Regierungsprogramm (Art. 7 RVOG);
- c) Finanzplanung (Art. 25 FHG);
- d) Geschäftsplanung (Art. 13 GVVKG);
- e) Leistungsanalyse.⁵

2) Die Planungsinstrumente nach Abs. 1 geben einen umfassenden politischen Orientierungsrahmen für die Regierungstätigkeit. Sie enthalten die Ziele und Projekte der Kollegialregierung und legen die Massnahmen und Prioritäten fest.

3) Die Umsetzung der Ziele, Projekte und Massnahmen unterliegt einer periodischen Erfolgskontrolle (Controlling).

V. Schlussbestimmungen

Art. 8

Aufhebung bisherigen Rechts

Es werden aufgehoben:

- a) Verordnung vom 25. März 2009 über die Geschäftsverteilung und den Ressortplan der Regierung, LGBL 2009 Nr. 116;
- b) Verordnung vom 23. Juni 2009 betreffend die Abänderung der Verordnung über die Geschäftsverteilung und den Ressortplan der Regierung, LGBL 2009 Nr. 171;
- c) Verordnung vom 18. Januar 2011 betreffend die Abänderung der Verordnung über die Geschäftsverteilung und den Ressortplan der Regierung, LGBL 2011 Nr. 18;
- d) Verordnung vom 13. März 2012 betreffend die Abänderung der Verordnung über die Geschäftsverteilung und den Ressortplan der Regierung, LGBL 2012 Nr. 66.

Art. 9

Änderung von Bezeichnungen

1) In folgenden Verordnungen ist die Wortfolge "Gesetz über die Verwaltungsorganisation des Staates" durch die Wortfolge "Gesetz über die Regierungs- und Verwaltungsorganisation" in der jeweils grammatikalisch richtigen Form zu ersetzen:

- a) Verordnung vom 9. Dezember 2009 über die Personensicherheitsprüfungen (PSPV), LGBL 2009 Nr. 316;
- b) Verordnung vom 9. Dezember 2009 über den Schutz von Informationen des Landes (Informationsschutzverordnung; ISchV), LGBL 2009 Nr. 315.

2) In folgenden Verordnungen ist im Ingress die Wortfolge "Aufgrund von Art. 6 Abs. 2 des Gesetzes vom 17. Juli 1973 über die Verwaltungsorganisation des Staates, LGBL 1973 Nr. 41," bzw. "Aufgrund des Gesetzes vom 17. Juli 1973 über die Verwaltungsorganisation des Staates, LGBL 1973 Nr. 41," durch die Wortfolge "Aufgrund von Art. 52 des Gesetzes vom 19. September 2012 über die Regierungs- und Verwaltungsorganisation (RVOG), LGBL 2012 Nr. 348," zu ersetzen:

a) Verordnung vom 23. September 1975 über die Zuteilung von Geschäften an die Regierungskanzlei, LGBL 1975 Nr. 56;

b) Verordnung vom 10. Januar 1995 betreffend die Registraturen in der Liechtensteinischen Landesverwaltung, LGBL 1995 Nr. 117.

3) Im Ingress der Verordnung vom 27. Januar 1987 über den Rechtsdienst der Regierung, LGBL 1987 Nr. 5, ist die Wortfolge "Aufgrund des Gesetzes vom 17. Juli 1973 über die Verwaltungsorganisation des Staates, LGBL 1973 Nr. 41," durch die Wortfolge "Aufgrund von Art. 52 des Gesetzes vom 19. September 2012 über die Regierungs- und Verwaltungsorganisation (RVOG), LGBL 2012 Nr. 348, und Art. 18 Abs. 2 des Kundmachungsgesetzes vom 17. April 1985, LGBL 1985 Nr. 41, in der geltenden Fassung," zu ersetzen.

4) In der Verordnung vom 22. August 2000 über den Dienstbetrieb und die Organisation der Landespolizei (PolDOV), LGBL 2000 Nr. 195, sind zu ersetzen:

a) in Art. 4 Abs. 1 die Wortfolge "und von dem gemäss Ressortplan zuständigen Regierungsmitglied zum Dienstantritt vereidigt" durch die Wortfolge "und vom Regierungschef zum Dienstantritt vereidigt";

b) in Art. 21 Abs. 4 die Wortfolge "des Gefängnisses werden von den Kommandodiensten wahrgenommen, soweit nicht das Ressort Justiz unmittelbar zuständig ist." durch die Wortfolge "des Landesgefängnisses werden von den Kommandodiensten wahrgenommen.";

c) in Art. 101 Abs. 3 die Wortfolge "der zuständige Ressortinhaber" durch die Wortfolge "das zuständige Regierungsmitglied".

5) In der Verordnung vom 22. August 2000 über den Dienstbetrieb und die Organisation der Landespolizei (PolDOV), LGBL 2000 Nr. 195, ist nach Art. 12 Abs. 2 Bst. m die Wortfolge "n) die Führung des Landesgefängnisses als Anstaltsleiter." einzufügen.

6) In Art. 16b Abs. 3 der Verordnung vom 16. Dezember 2003 über die Bereitschaftspolizei, LGBL 2003 Nr. 274, ist die Wortfolge "durch das gemäss Ressortplan zuständige Regierungsmitglied" durch die Wortfolge "durch das zuständige Regierungsmitglied" zu ersetzen.

7) In Art. 28a der Verordnung vom 16. Dezember 2008 über die Zulassung und den Aufenthalt von Ausländern (ZAV), LGBL 2008 Nr. 350, ist die Wortfolge "das für das Ressort Inneres zuständige Regierungsmitglied" durch die Wortfolge "das für das Ministerium für Inneres, Justiz und Wirtschaft zuständige Regierungsmitglied" zu ersetzen.

8) In der Heimatschriftenverordnung (HSchV) vom 28. September 2011, LGBL 2011 Nr. 453, sind zu ersetzen:

- a) in Art. 15 Abs. 2 Bst. d die Wortfolge "Mitarbeitern der Ressorts, die Regierungsmitglieder regelmässig auf Reisen begleiten, insbesondere persönliche Mitarbeiter, Ressortsekretäre und Mitarbeiter des Ressort Äusseres" durch die Wortfolge "Mitarbeitern der Generalsekretariate und allfälligen persönlichen Mitarbeitern, die Regierungsmitglieder regelmässig auf Reisen begleiten";
- b) in Art. 15 Abs. 3 die Bezeichnung "Ressortinhabers" durch die Bezeichnung "zuständigen Regierungsmitglieds".

9) In der Verordnung vom 19. Oktober 1999 zum Informationsgesetz (Informationsverordnung), LGBL 1999 Nr. 206, sind zu ersetzen:

- a) in Art. 1 Abs. 2 die Bezeichnung "Ressort" durch die Bezeichnung "Regierungsmitglied";
- b) in Art. 5 Abs. 3 die Wortfolge "im zuständigen Ressort der Regierung" durch die Wortfolge "vom zuständigen Regierungsmitglied".

10) In Art. 22 Abs. 1 der Verordnung vom 7. September 2004 über die Besoldung der Staatsangestellten (Besoldungsverordnung; BesV), LGBL 2004 Nr. 198, ist die Wortfolge "des Ressorts Bildungswesen" durch die Wortfolge "des Generalsekretariats des Ministeriums für Äusseres, Bildung und Kultur" zu ersetzen.

11) In der Verordnung vom 3. Juli 2007 zum Grundverkehrsgesetz (Grundverkehrsverordnung; GVV), LGBL 2007 Nr. 168, sind in der jeweils grammatikalisch richtigen Form zu ersetzen:

- a) in Art. 17 die Bezeichnung "Ressort Inneres" durch die Bezeichnung "Amt für Justiz";
- b) in Art. 16 Abs. 1, Art. 18 und 19 die Bezeichnung "Regierung" durch die Bezeichnung "Amt für Justiz".

12) In Art. 3 Abs. 1 Bst. b der Verordnung vom 27. November 2007 über die wirtschaftliche Landesversorgung (Landesversorgungsverordnung; LVV), LGBL 2007 Nr. 314, ist die Bezeichnung "zuständigen Ressorts" durch die Wortfolge "nach der Geschäftsverteilung zuständigen Regierungsmitglieder" zu ersetzen.

13) In Art. 126 der Verordnung vom 5. Juli 2011 über bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (UCITSV), LGBL 2011 Nr. 312, ist die Bezeichnung "Ressort Finanzen" durch die Bezeichnung "Ministerium für Präsidiales und Finanzen" zu ersetzen.

14) In Art. 9 der Verordnung vom 27. Oktober 2009 über die aussergerichtliche Schlichtungsstelle im Finanzdienstleistungsbereich (Finanzdienstleistungs-Schlichtungsstellen-Verordnung; FSV), LGBL. 2009 Nr. 279, ist die Bezeichnung "Ressort Finanzen" durch die Bezeichnung "Ministerium für Präsidiales und Finanzen" zu ersetzen.

Art. 10

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 28. März 2013 in Kraft.

Fürstliche Regierung:
gez. *Adrian Hasler*
Fürstlicher Regierungschef

Anhang 1⁶

(Art. 4)

Verteilung der Geschäfte auf die einzelnen Ministerien

I. Ministerium für Präsidiales und Finanzen

A. Präsidiales

1. Allgemeine Landespolitik:
 - 1.1 Verfassung
 - 1.2 Landtag
 - 1.3 Staat und Kirche
2. Allgemeine Regierungspolitik (Strategische Führung und Koordination):
 - 2.1 Führung der Regierung, einschliesslich strategische Ziele der Regierungstätigkeit, Regierungsprogramm und Controlling
 - 2.2 Koordination Regierungspolitik
 - 2.3 Koordination EWR
 - 2.4 Koordination Corporate Governance, einschliesslich Bestellung der strategischen Führungsebene
3. Information und Kommunikation der Regierung:
 - 3.1 Information der Öffentlichkeit allgemein
 - 3.2 Information vor Wahlen und Abstimmungen
 - 3.3 Presse-, Radio- und Fernsehinformation
 - 3.4 Landeskanal
4. Allgemeine Organisation:
 - 4.1 Regierungs- und Verwaltungsorganisation, einschliesslich Bestellung von Kommissionen und Beiräten
 - 4.2 Personal- und Besoldungsangelegenheiten, einschliesslich Pensionsversicherung
 - 4.3 Informatik
 - 4.4 Registratur
 - 4.5 Protokoll
 - 4.6 Öffentliches Auftragswesen

4.7 E-Government

5. Amtliche Kundmachungen, insbesondere Landesgesetzblatt und Amtsblatt
6. Allgemeine Angelegenheiten der Rechtsetzung
7. Statistik

B. Finanzen

1. Landesvoranschlag, Landesrechnung, Finanzplanung
2. Buchhaltungs- und Zahlungswesen des Landes
3. Beteiligung des Landes an Unternehmen
4. Aufnahme von langfristigem Fremdkapital
5. Steuern, Abgaben und Gebühren
6. Zollabgaben
7. Finanzausgleich und Steueranteile der Gemeinden
8. Finanzielle Überwachung von Fonds und öffentlich-rechtlichen Anstalten und Stiftungen
9. Verwaltung des Landesvermögens
10. Finanzmarktrecht
11. Internationale Finanzplatz- und Steuerangelegenheiten, insbesondere bilaterale und multilaterale Steuerabkommen
12. Finanzplatzentwicklung
13. Treuhänder, Wirtschaftsprüfer und Patentanwälte

II. Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur

A. Äusseres

1. Wahrung der aussenpolitischen Interessen Liechtensteins:
 - 1.1 Wahrung der Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes
 - 1.2 Kohärenz der Aussenpolitik
2. Bilaterale Beziehungen:
 - 2.1 Bilaterale Zusammenarbeit
 - 2.2 Diplomatische und konsularische Beziehungen
3. Grenzüberschreitende regionale und plurilaterale Zusammenarbeit
4. Multilaterale Beziehungen:
 - 4.1 Europäische Zusammenarbeit, insbesondere Europarat, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Europäischer Wirtschaftsraum, Europäische Freihandelsassoziation, Europäi-

sche Patentorganisation, Europäische Fernmeldesatellitenorganisation, Konferenz der Europäischen Post- und Fernmeldeverwaltungen

- 4.2 Internationale Zusammenarbeit, insbesondere Organisation der Vereinten Nationen und deren Sonderorganisationen und Sonderorgane, Welthandelsorganisation, Internationale Fernmeldesatellitenorganisation
- 5. Staatsverträge und internationale Übereinkommen, einschliesslich Wahrung der sich daraus ergebenden Rechte und Interessen
- 6. Internationale humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung:
 - 6.1 Not- und Wiederaufbauhilfe
 - 6.2 Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe (Multilaterale Projekte)
 - 6.3 Entwicklungszusammenarbeit
- 7. Menschenrechtspolitik

B. Justiz

- 1. Zivilrecht, einschliesslich Personen- und Gesellschaftsrecht
- 2. Strafrecht
- 3. Exekutions-, Nachlass- und Konkursrecht
- 4. Verfahrensrecht
- 5. Mediation
- 6. Datenschutz
- 7. Rechtshilfe, Aus- und Durchlieferung
- 8. Strafvollzug
- 9. Opferhilfe
- 10. Koordination Amtshaftung
- 11. Justizverwaltung:
 - 11.1 Gerichtsorganisationsrecht und damit verbundenes Verfahrensrecht
 - 11.2 Überwachung des Geschäftsganges der ordentlichen Gerichte nach Art. 93 der Verfassung
 - 11.3 Richterdienstsachen
 - 11.4 Staatsanwaltschaft
- 12. Rechtsanwälte

- 13. Verfahrenshilfe
- 14. Grundverkehr und Grundstücksschätzungen

C. Kultur

- 1. Kulturförderung
- 2. Museen
- 3. Briefmarken
- 4. Landesarchiv
- 5. Bibliothekswesen
- 6. Denkmalschutz
- 7. Kulturgüterpflege

III. Ministerium für Gesellschaft

- 1. Allgemeine Gesellschafts- und Sozialpolitik
- 2. Generationen
- 3. Familien:
 - 3.1 Allgemeine Familienpolitik
 - 3.2 Familienförderung
 - 3.3 Mietbeiträge für Familien
- 4. Kinder und Jugendliche:
 - 4.1 Kinder- und Jugendförderung
 - 4.2 Kinder- und Jugendschutz
 - 4.3 Kinder- und Jugendhilfe
 - 4.4 Kinder- und Jugendbeteiligung sowie -vertretung
- 5. Chancengleichheit:
 - 5.1 Gleichstellung von Frau und Mann
 - 5.2 Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen
 - 5.3 Gleichstellung in weiteren Angelegenheiten
- 6. Sozialversicherungen:
 - 6.1 Alters- und Hinterlassenenversicherung
 - 6.2 Invalidenversicherung
 - 6.3 Ergänzungsleistungen
 - 6.4 Familienzulagen
 - 6.5 Mutterschaftszulagen
 - 6.6 Krankenversicherung

- 6.7 Unfallversicherung
- 7. Sozialhilfe:
 - 7.1 Persönliche und wirtschaftliche Sozialhilfe
 - 7.2 Sozialhilfeträger
- 8. Altershilfe:
 - 8.1 Stationäre Pflege
 - 8.2 Ambulante Pflege und Dienstleistungen
- 9. Allgemeine Gesundheitspolitik
- 10. Gesundheitsförderung und Prävention
- 11. Spitalwesen:
 - 11.1 Liechtensteinisches Landesspital
 - 11.2 Vertragsspitäler
- 12. Humansanitätswesen
- 13. Lebensmittelpolizei
- 14. Arzneimittel
- 15. Veterinärwesen
- 16. Tierschutz
- 17. Eichwesen
- IV. Ministerium für Inneres, Bildung und Umwelt**
 - A. Inneres**
 - 1. Landes- und Gemeindebürgerrecht
 - 2. Politische Volksrechte:
 - 2.1 Wahlen und Abstimmungen auf Landesebene
 - 2.2 Wahlen und Abstimmungen auf Gemeindeebene
 - 3. Zivilstandswesen
 - 4. Gemeinden:
 - 4.1 Organisation
 - 4.2 Aufsicht
 - 5. Wappen, Landesfarben
 - 6. Schutz nationaler Bezeichnungen
 - 7. Sicherheitswesen des Landes und der Gemeinden:
 - 7.1 Staatsschutz
 - 7.2 Landes- und Gemeindepolizei

- 7.3 Waffen
- 7.4 Uniformen
- 8. Bevölkerungsschutz, Rettungswesen:
 - 8.1 Landesführungsstab
 - 8.2 Rettungs- und Hilfsdienste
 - 8.3 Schutzräume
 - 8.4 Wirtschaftliche Landesversorgung
 - 8.5 Wasserbau
 - 8.6 Hang- und Rutschanierung
 - 8.7 Rüfeverbauung
 - 8.8 Rheinschutzbauten
 - 8.9 Notfall- und Einsatzplanung sowie Naturgefahren
- 9. Heimatschriften
- 10. Ausländerrecht:
 - 10.1 Fremdenpolizei
 - 10.2 Personenverkehr
 - 10.3 Asylwesen
 - 10.4 Integration von Ausländern (Sprachförderung, Staatskunde, Integrationsvereinbarungen)

B. Bildung

- 1. Bildungsplanung, Bildungsinformation
- 2. Öffentliche Schulen:
 - 2.1 Kindergarten
 - 2.2 Primarschulen
 - 2.3 Sonderschulen
 - 2.4 Sekundarschulen
- 3. Privatschulen
- 4. Hochschulen und hochschulähnliche Einrichtungen
- 5. Musikschule, Kunstschule
- 6. Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung
- 7. Berufliche Grundausbildung, berufliche Weiterbildung
- 8. Ausbildungsbeihilfen: Stipendien, Darlehen, Unkostenbeiträge
- 9. Schulraumplanung

10. Einrichtung und Ausstattung von Schulhäusern
11. Lehrmittel, didaktische Medien
12. Lehrer: Dienstrecht, Besoldung, Aus- und Weiterbildung
13. Wissenschaftliche Forschung und Entwicklung
14. Internationale Bildungsprogramme
15. Erwachsenenbildung

C. Umwelt

1. Allgemeine Umweltpolitik, einschliesslich internationale Klimapolitik
2. Umweltschutz:
 - 2.1 Gewässerschutz
 - 2.2 Wassernutzung, Abwasser
 - 2.3 Nichtionisierende Strahlung
 - 2.4 Luftreinhaltung, Emissionshandel
 - 2.5 Lärmschutz
 - 2.6 Bodenschutz
 - 2.7 Abfallbewirtschaftung
 - 2.8 Gifte und umweltgefährdende Stoffe
3. Umweltverträglichkeitsprüfung und Strategische Umweltprüfung
4. Landwirtschaft:
 - 4.1 Förderung der Land- und Alpwirtschaft
 - 4.2 Bodenverbesserungen und Bodenschutz
 - 4.3 Landwirtschaftliches Bauwesen
5. Wald, Natur und Landschaft:
 - 5.1 Waldwirtschaft
 - 5.2 Natur- und Landschaftsschutz
 - 5.3 Meteorologische Daten
 - 5.4 Berggebietssanierung
 - 5.5 Jagd
 - 5.6 Fischerei

V. Ministerium für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport

A. Infrastruktur

1. Verkehrsplanung
2. Betriebliches Mobilitätsmanagement

3. Öffentlicher Verkehr
 4. Strassenverkehr:
 - 4.1 Motorfahrzeugkontrolle
 - 4.2 Administrativmassnahmen
 - 4.3 Signalisation
 5. Eisenbahn-, Schifffahrts- und Luftverkehr
 6. Allgemeine Fragen des Bauwesens
 7. Baurecht
 8. Staatliche Bauten und Anlagen:
 - 8.1 Planung
 - 8.2 Bau
 - 8.3 Unterhalt
 9. Energieberatung im Bauwesen
 10. Brandschutz und Feuerpolizei
 11. Aufzugs- und Blitzschutzanlagen
 12. Öffentliche Strassen, Wege und Brücken
 13. Seilbahnen, Skilifte
 14. Amtliche Vermessung und Geoinformation sowie Landesgrenzen
 15. Landerwerb
 16. Enteignungen
 17. Bausubventionen
 18. Wohnbauförderung
 19. Raum:
 - 19.1 Landesplanung
 - 19.2 Ortsplanung
 - 19.3 Regionale und internationale Zusammenarbeit in Fragen der Raumplanung
- B. Wirtschaft**
1. Allgemeine Wirtschaftspolitik
 2. Wirtschaftliche Zusammenarbeit:
 - 2.1 Bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit
 - 2.2 Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, einschliesslich Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

2.3 Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit

3. Industrielle sowie gewerbliche Forschung und Entwicklung
4. Förderung von Industrie und Gewerbe
5. Gewerberecht, Gewerbepolizei
6. Wettbewerbsrecht
7. Marktüberwachung
8. Salzmonopol
9. Gewerblicher Transport
10. Geistiges Eigentum
11. Konsumentenschutz
12. Arbeitsrecht, Arbeitnehmerschutz
13. Arbeitsmarkt, Arbeitsvermittlung
14. Energiewirtschaft
15. Tourismus
16. Betriebliche Personalvorsorge
17. Arbeitslosenversicherung
18. Lotterie und Spielbanken
19. Post
20. Medien:
 - 20.1 Radio
 - 20.2 Fernsehen
 - 20.3 Multimedia
 - 20.4 Medienförderung
21. Elektronische Kommunikation:
 - 21.1 Internationale Aspekte
 - 21.2 Regulierung
 - 21.3 Universaldienste
 - 21.4 Infrastruktur
 - 21.5 Netzfragen

C. Sport

1. Breiten-, Leistungs- und Spitzensport
2. Sportverbände und Sportvereine
3. Organisation "Jugend + Sport"

- 4. Schulsport
- 5. Behindertensport
- 6. Seniorensport

Anhang 2⁷

(Art. 6)

**Zuordnung der Amtsstellen, der besonderen Kommissionen, der
Verbandspersonen des öffentlichen Rechts sowie sonstigen öffentli-
chen Unternehmen zu den einzelnen Ministerien****I. Ministerium für Präsidiales und Finanzen****A. Stabsstellen**

1. Generalsekretariat
2. Rechtsdienst der Regierung
3. Stabsstelle EWR
4. Stabsstelle Financial Intelligence Unit
5. Stabsstelle Finanzen
6. Stabsstelle für Finanzplatzinnovation

B. Ämter

1. Amt für Informatik
2. Amt für Personal und Organisation
3. Amt für Statistik
4. Steuerverwaltung
5. Landeskasse

C. Besondere Kommissionen

1. Personalkommission
2. Prüfungskommission für Patentanwälte
3. Prüfungskommission für Treuhänder
4. Prüfungskommission für Wirtschaftsprüfer
5. Statistikkommission
6. ZPR-Kommission
7. Prüfungsausschuss AHG-UK

**D. Besondere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen
Rechts sowie sonstige öffentliche Unternehmen**

1. Finanzmarktaufsicht
2. Liechtensteinische Treuhandkammer
3. Liechtensteinische Wirtschaftsprüfer-Vereinigung
4. Liechtensteinische Landesbank AG

II. Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur

A. Stabsstellen

1. Generalsekretariat
2. Liechtensteinische Botschaft in Bern
3. Liechtensteinische Botschaft in Berlin
4. Liechtensteinische Botschaft in Brüssel / Liechtensteinische Mission bei der EU in Brüssel
5. Liechtensteinische Botschaft beim Heiligen Stuhl
6. Liechtensteinische Botschaft in Washington
7. Liechtensteinische Botschaft in Wien / Ständige Vertretung bei der OSZE und bei den UNO-Organisationen in Wien
8. Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg
9. Ständige Mission bei der UNO in New York
10. Ständige Mission bei der EFTA, der WTO und der UNO in Genf
11. Staatsanwaltschaft

B. Ämter

1. Amt für Auswärtige Angelegenheiten
2. Amt für Justiz
3. Amt für Kultur
4. Datenschutzstelle

C. Besondere Kommissionen

1. Strafvollzugskommission
2. Prüfungskommission für Rechtspfleger
3. Prüfungskommission für Rechtsanwälte
4. Schätzungskommission

D. Besondere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie sonstige öffentliche Unternehmen

1. Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (LED)
2. Liechtensteinische Rechtsanwaltskammer

3. Kulturstiftung Liechtenstein
4. Kunstmuseum Liechtenstein
5. Liechtensteinische Landesbibliothek
6. Liechtensteinisches Landesmuseum

III. Ministerium für Gesellschaft

A. Stabsstellen

1. Generalsekretariat

B. Ämter

1. Amt für Soziale Dienste
2. Amt für Gesundheit
3. Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen

C. Besondere Kommissionen

1. Kinder- und Jugendbeirat
2. Leistungskommission
3. Landesgesundheitskommission
4. Kommission "Obligatorische Unfallversicherung im Fürstentum Liechtenstein"

D. Besondere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie sonstige öffentliche Unternehmen

1. Liechtensteinische Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)
2. Liechtensteinische Invalidenversicherung (IV)
3. Liechtensteinische Familienausgleichskasse (FAK)
4. Liechtensteinisches Landesspital
5. Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe (LAK)
6. Liechtensteinische Ärztekammer

IV. Ministerium für Inneres, Bildung und Umwelt

A. Stabsstellen

1. Generalsekretariat

B. Ämter

1. Amt für Bevölkerungsschutz
2. Ausländer- und Passamt
3. Landespolizei
4. Zivilstandsamt

5. Amt für Berufsbildung und Berufsberatung

6. Schulamt

7. Amt für Umwelt

C. Besondere Kommissionen

1. Aufgehoben

2. Beratende Kommission nach dem Asylgesetz

3. Prüfungskommission zur Durchführung des Aufnahmeverfahrens für
Polizeiaspiranten

4. Hauptwahl- oder Hauptabstimmungskommissionen

5. Landesrüfekommission

6. Rheinkommission

7. Landesführungsstab

8. Lawinendienst

9. Kommission für Unfallverhütung im Strassenverkehr

10. Berufsbildungsbeirat

11. Berufsmaturakommission

12. Schulrat

13. Maturakommission

14. Unterrichtskommission für das Gymnasium

15. Unterrichtskommission für die Berufsmittelschule

16. Prüfungskommission für die provisorisch angestellten Lehrer

17. Übertrittskommission

18. Kommission Sportschule

19. Landesalpenkommission

20. Aufgehoben

21. Kommission zur Förderung von Investitionen in der Landwirtschaft

22. Jagdprüfungskommission

23. Jagdbeirat

24. Kommission für Natur- und Landschaftsschutz

25. Kommission für die Ausrichtung von Bewirtschaftungsbeiträgen zur
Erhaltung der Magerwiesen

26. Umweltschutzkommission

27. Fischereibeirat

D. Besondere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie sonstige öffentliche Unternehmen

1. Erwachsenenbildung Liechtenstein
2. Universität Liechtenstein
3. Kunstschule Liechtenstein
4. Liechtensteinische Musikschule
5. Agentur für Internationale Bildungsangelegenheiten (AIBA)

V. Ministerium für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport

A. Stabsstellen

1. Generalsekretariat
2. Stabsstelle für Sport

B. Ämter

1. Motorfahrzeugkontrolle
2. Amt für Bau und Infrastruktur
3. Amt für Volkswirtschaft
4. Amt für Kommunikation

C. Besondere Kommissionen

1. GDI-Kommission
2. Gestaltungskommission
3. Akkreditierungsrat
4. Einigungsamt
5. Energiekommission
6. Kommission für Energiemarktaufsicht
7. Prüfungskommission für das Gastgewerbe
8. Prüfungskommission für die Prüfung der fachlichen Eignung zur Führung eines Güter- und Personenkraftverkehrsunternehmens
9. Prüfungskommission für die Gefahrgutbeauftragten
10. Dreigliedrige Kommission zur Beobachtung des Arbeitsmarktes
11. Medienkommission
12. Fachbeirat für Geldspiele
13. Sportrat

D. Besondere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie sonstige öffentliche Unternehmen

1. Verkehrsbetrieb LIECHTENSTEINmobil
2. Liechtensteinische Gasversorgung
3. Liechtensteinische Kraftwerke
4. Liechtenstein Marketing
5. Liechtensteinischer Rundfunk
6. Liechtensteinische Post AG
7. Telecom Liechtenstein AG

-
- 1 Art. 1 Bst. a abgeändert durch [LGBL 2017 Nr. 102](#).
-
- 2 Art. 3 Bst. b abgeändert durch [LGBL 2017 Nr. 102](#).
-
- 3 Art. 3 Bst. d abgeändert durch [LGBL 2017 Nr. 102](#).
-
- 4 Art. 3 Bst. e abgeändert durch [LGBL 2017 Nr. 102](#).
-
- 5 Art. 7 Abs. 1 Bst. e eingefügt durch [LGBL 2016 Nr. 485](#).
-
- 6 Anhang 1 abgeändert durch [LGBL 2017 Nr. 102](#) und [LGBL 2017 Nr. 222](#).
-
- 7 Anhang 2 abgeändert durch [LGBL 2013 Nr. 388](#), [LGBL 2014 Nr. 40](#), [LGBL 2014 Nr. 177](#), [LGBL 2015 Nr. 148](#), [LGBL 2015 Nr. 344](#), [LGBL 2016 Nr. 221](#), [LGBL 2016 Nr. 485](#), [LGBL 2017 Nr. 102](#), [LGBL 2017 Nr. 125](#), [LGBL 2017 Nr. 304](#), [LGBL 2018 Nr. 398](#), [LGBL 2018 Nr. 479](#) und [LGBL 2019 Nr. 40](#).